

Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts (Erbrechtsreform) auf höferechtliche Ansprüche

von Rechtsanwältin Christiane Graß, Fachanwältin für Agrarrecht, Bonn, www.christiane-grass.de

Am 02.07.2009 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts (Erbrechtsreform) verabschiedet. Es tritt am 01.01.2010 in Kraft. Ziel des Gesetzes ist es, das Erbrecht durch punktuelle Änderungen an die heutigen Lebensverhältnisse anzupassen und die Verjährung der familien- und erbrechtlichen Ansprüche in das System der 3-jährigen Regelverjährung des Bürgerlichen Gesetzbuches zu integrieren¹.

Auf die materiell-rechtlichen Änderungen der Erbrechtsreform soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden; sie sind Gegenstand gesonderter Berichterstattungen. Die wesentliche Änderung im Bereich des Verjährungsrechts ist die Streichung von § 197 Abs. 1 Nr. 2 BGB. Die Vorschrift besagt, dass familien- und erbrechtliche Ansprüche in 30 Jahren verjähren. Durch diesen Federstrich des Gesetzgebers greift künftig auch für erbrechtliche Ansprüche die regelmäßige 3-jährige Verjährungsfrist des § 195 BGB, welche nach § 199 Abs. 1 BGB mit Ablauf des Jahres beginnt, in welchem der Berechtigte von seinem Anspruch Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste. Der Wegfall von § 197 Abs. 1 Nr. 2 BGB hat auch unmittelbare Auswirkungen auf höferechtliche Ansprüche.

1. Die Verjährung höferechtlicher Ansprüche nach bisherigem Recht

Die wichtigsten höferechtlichen Ansprüche sind

- die Abfindungsansprüche weichender Erben gem. § 12 HöfeO,
- die Abfindungsansprüche weichender Erben im Falle eines Übergabevertrages gem. §§ 17, 16, 12 HöfeO sowie
- die Nach- oder Ergänzungsabfindungsansprüche des § 13 HöfeO.

Für den Abfindungsanspruch der weichenden Erben hält die Höfeordnung keine Verjährungsregelung bereit. Deshalb besteht Einigkeit, dass für den Abfindungsanspruch der weichenden Erben gem. § 12 HöfeO die 30-jährige Verjährung des § 197 Abs. 1 Nr. 2 BGB a.F. greift².

Für Nachabfindungsansprüche sieht § 13 Abs. 9 S. 2 HöfeO eine 3-jährige Verjährung vor, und zwar beginnend mit dem Zeitpunkt, in dem der Berechtigte von dem Eintritt der Voraussetzungen des Anspruchs Kenntnis erlangt. Gemeint ist mit der 3-jährigen Verjährung das Kalenderjahr³, so dass bei Kenntniserlangung der Nachabfindungsgründe im Lauf des Jahres 2009 mit Ablauf des 31.12.2009 Verjährung eintritt.

Für Abfindungsansprüche aufgrund eines Übergabevertrages greift mangels gesetzlicher Sonderbestimmung wiederum die 30-jährige Verjährungsfrist des § 197 Abs. 1 Nr. 2 BGB a.F..

¹ Begründung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung, Drucksache 16/8954 vom 24.04.2008.

² Wöhrmann, Das Landwirtschaftserbrecht, 9. Auflage, § 12 HöfeO Rn. 118; Lange/Wulff/Lüdtke-Handjery, Höfeordnung, 10. Auflage, § 12 Rn. 103; Steffen/Ernst, Höfeordnung, 2. Auflage, § 12 Rn. 98, 99.

³ Wöhrmann, § 13 Rn. 149; Lange/Wulff/Lüdtke-Handjery, § 13 Rn. 81.

Soweit allerdings einzelne gesetzliche Erben in einem Übergabevertrag auf den Pflichtteil gesetzt sind, ist bislang noch nicht höchstrichterlich entschieden, ob die für Pflichtteilsansprüche vorgesehene 3-jährige Verjährung gilt⁴ oder aber ob die allgemeine 30-jährige Verjährung des § 197 Abs. 1 Nr. 2 BGB greift⁵.

2. Verjährung höferechtlicher Ansprüche nach der Erbrechtsreform

Die ersatzlose Streichung des § 197 Abs. 1 Nr. 2 BGB führt dazu, dass ab dem 01.01.2010 die Abfindungsansprüche der weichenden Erben der 3-jährigen Regelverjährung des § 195 BGB unterliegen, und zwar gleich, ob die Abfindungsansprüche aufgrund Ablebens des Hofinhabers (§ 12 HöfeO) oder infolge einer Hofübergabe aufgrund eines Hofübergabevertrages nach §§ 17, 16, 12 HöfeO entstanden sind.

Da es die 30-jährige Verjährung für erbrechtliche Ansprüche künftig nur noch in wenigen Ausnahmefällen gibt, verjähren nach der Erbrechtsreform auch solche Pflichtteilsansprüche, die darauf zurückzuführen sind, dass ein Pflichtteilsberechtigter in einem Hofübergabevertrag enterbt wird, in drei Jahren. Die teilweise vertretene Rechtsauffassung, dass für solche Ansprüche die 30-jährige Verjährung greift (s.o.), ist durch die Reform hinfällig geworden.

Für Nachabfindungsansprüche bleibt wegen der Sonderregelung in § 13 Abs. 9 S. 2 HöfeO alles beim Alten. Verjährungsablauf ist das 3. Kalenderjahr, nachdem der Berechtigte von den Voraussetzungen des Anspruches Kenntnis erlangte.

3. Übergangsregelungen

Die neuen Verjährungsvorschriften sind nach Art. 229 § 21 Abs. 1 EGBGB auf die am 01.01.2010 bestehenden, aber noch nicht verjährten Ansprüche anzuwenden. Das bedeutet, dass auf höferechtliche Abfindungsansprüche, welche der 30-jährigen Verjährung unterliegen und deren Verjährung am 01.01.2010 noch nicht abgelaufen ist, ab dem 01.01.2010 die 3-jährige Regelverjährung des § 195 BGB anzuwenden ist. Im Ergebnis bewirkt dies bei höferechtlichen Abfindungsansprüchen eine Kappung der 30-jährigen Verjährungsfrist mit Wirkung auf den 31.12.2012. Hat beispielsweise im März 2009 und damit noch im Anwendungsbereich der Altregelung der Lauf einer 30-jährigen Verjährung begonnen, tritt aufgrund der Neuregelung in Art. 229 § 21 Abs. 1 EGBGB bereits mit Ablauf des 31.12.2012 Verjährung ein.

Indessen führt die Übergangsregelung nicht zu einer Verlängerung von Verjährungsfristen des alten Rechts, denn nach Art. 229 § 21 Abs. 2 S. 2 EGBGB bleibt es bei der Verjährungsfrist des alten Rechts, wenn diese vor Ablauf der Verjährungsfrist des neuen Rechts endet. Im Beispiel: Endet die 30-jährige Verjährung eines höferechtlichen Abfindungsanspruchs nach den Regelungen des alten Rechts am 30.06.2010, bleibt es bei diesem Verjährungseintritt. Eine Verlängerung auf den 31.12.2012 findet nicht statt.

⁴ so Lange/Wulff/Lüdtke-Handjery, § 17 Rn. 84; Steffen/Ernst, § 12 Rn. 99.

⁵ so Wöhrmann, § 17 Rn. 69

4. Fazit

Die zum 01.01.2010 eintretenden Änderungen des Verjährungsrechts vereinheitlichen die Verjährung höferechtlicher Ansprüche auf durchgängig drei Jahre. Nach dem subjektiven System des Verjährungsrechts des BGB beginnt die Verjährung mit Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Berechtigte von den Anspruchsvoraussetzungen Kenntnis erlangte oder ohne grobe Fahrlässigkeit Kenntnis erlangen musste.

Am 01.01.2010 noch nicht abgelaufene 30-jährige Verjährungsfristen von höferechtlichen Ansprüchen enden aufgrund der Übergangsregelung vorzeitig am 31.12.2012. Enden 30-jährige Verjährungsfristen von höferechtlichen Ansprüchen auf der Grundlage des alten Rechts vor dem 31.12.2012, bleibt es bei diesem Verjährungszeitpunkt.